

SPERGAUER ERKLÄRUNG



Veröffentlicht am 14. April 2007

Tags: [Beschlüsse](#), [Erklärung](#), [Finanzen](#), [Kommunen](#), [Spergau](#)

Keine Ausübung von Zwang bei der Bildung von Einheitsverwaltungen
kommunalen Strukturen erhalten - Demokratie ermöglichen

Beschluss des Landesparteitages

Die Liberalen sind sich der enormen Bedeutung kommunaler Strukturen in Sachsen-Anhalt bewusst. Zukunftsorientiert muss die Zukunftsfähigkeit und der Erhalt der kommunalen Gebietskörperschaften sein. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes verfassungsrechtlich geschütztes Gut und darf nicht nach Belieben in der Landespolitik als Verhandlungsmasse missbraucht werden.

Nur wo sich die Bürger mit ihrer Gemeinde identifizieren, werden sie sich aktiv in die Gestaltung des öffentlichen Lebens einbringen. Dazu sind ortsnahe Entscheidungen unablässlich, auch um ehrenamtliches Arbeiten und gelebte Partizipation zu ermöglichen. Gerade im ländlichen Raum kann auf dieses bürgernahe Element nicht verzichtet werden. Bürgernähe bedeutet Nähe der Verwaltung zu ihren Bürgern - vielmehr muss die verwaltete Lebensraum auch als Heimat zu begreifen sein. Dies ist die Grundlage für das ehrenamtliche

Engagement der Bürger, ohne das Demokratie nicht denkbar ist. Demokratie lebt vom Mitmachen!

Der FDP Landesverband Sachsen-Anhalt lehnt die zwangsweise Bildung von Einheitsgemeinden ab. Die Vernachlässigung des ehrenamtliche Engagement der Bürger vor Ort, führt nur zu neuen Strukturen, die auf die lokalen Gegebenheiten keine Rücksicht nehmen. Es ist auch kein Beitrag die Bindung der Bürger an ihre lokale Gemeinschaft zu stärken.

Die Liberalen halten nach wie vor an der Idee der Verwaltungsgemeinschaften für effizienter und zukunftsfähiger als die Einheitsgemeinden. Verwaltungsgemeinschaften mit bis zu 20 Gemeinden sind über dem Bürgerwillen bei der Gestaltung von kommunalen Strukturen einen angemessenen Raum geben.

Die zwangsweise Bildung von Einheitsgemeinden führt zu einer Aufhebung, der erst vor drei Jahren gebildeten Verwaltungsgemeinschaften und damit zur weiteren Finanzierung der Verwaltungsamtsleiter und der Amtszeit, was die kommunalen Kassen zusätzlich belastet.

Wir unterstützen aktiv die Volksinitiative!

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert daher:

1. den Erhalt der Verwaltungsgemeinschaften und die Bildung von Einheitsgemeinden,
2. das Instrument der Eingemeindung als Mittel bei Gemeinden anzuwenden, die nachweislich nicht in der Lage sind, die notwendigen Verwaltungsaufgaben zu bewältigen,
3. die mittelfristige Entwicklung der kommunalen Strukturreform der 4. Legislaturperiode